

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Vormittags. Vierteljährlicher Pränumerationspreis für Einheimische 16 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 18 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittags 5 Uhr in der Rathsbuchdruckerei angenommen und kostet die einpaltige Corpus-Belle oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

N. 85.

Dienstag, den 22. Juli.

1862.

Thorner Geschichts-Kalender.

22. Juli 1458. König Kasimir hat das Ordensschloß Papau erobert und fordert die Thorner zu dessen Zerstörung auf.
 1618. Edikt des Raths, wonach ein Ducaten 70, ein Thaler 42 und ein Real 40 Groschen gelten solle.
 23. 1657. Peter Schönwald, der letzte lutherische Pfarrer an der Jakobskirche, wird zu dieser Stellung berufen.

Herr v. d. Seydt und der Staatshaushaltsetat.

Je eifriger die preussische Regierung darauf ausgeht eine möglichst große Zahl von Soldaten unter die Fahne zu bringen, desto weniger kann sie daran denken, die durch das fortwährende Steigen der Preise aller Lebensmittel durchaus unzulänglich gewordene Röhnung der Truppen aufzubessern. Der preussische Soldat, welcher täglich 3 Silbergroschen und 1 Pfund 12 Loth Brod erhält, kann dabei in den meisten Landestheilen unmöglich bestehen, und wenn ihm zur Ergänzung des erforderlichen Lebensunterhalts die Mutterpfennige fehlen, so muß er an Gesundheit und Körperkraft einbüßen. In der That ist unter den preussischen Truppen die Zahl der Erkrankungen- und Todesfälle unverhältnismäßig groß. Nach den Angaben der kleinen Schrift, welche uns vorliegt, kamen im vorigen Jahre auf einen Heeresbestand von etwa 162,000 Mann nicht weniger als 244,000 Erkrankungen, von denen 1123 den Tod, und 2540 die Entlassung wegen Dienstuntauglichkeit und damit in vielen Fällen die Aussicht auf baldigen Tod zur Folge hatten. In einzelnen Truppenabtheilungen ist das Verhältniß noch viel ungünstiger. Nach einem zehnjährigen Durchschnitt verlor das erste Armeecorps jährlich 6^o/₁₀ Procent seiner Mannschaft durch Tod und durch Dienstuntauglichkeit — wenn anders die Berechnung des Verfassers auf S. 35 richtig ist. Von den Erkrankungen und den Todesfällen kommt regelmäßig eine sehr beträchtliche Verhältnißzahl auf den Typhus, dessen Verwüstungen hauptsächlich

auf Rechnung einer ungehörigen Ernährung gesetzt werden.

Die Folgerungen aus solchen Thatsachen ergeben sich von selbst. Man wird mir entgegenhalten, sagt der Verfasser, woher sollen die Mittel zu besserer Verpflegung kommen, da das Militärbudget schon jetzt ein übermäßiges ist? „Meine Antwort, fügt er hinzu, lautet einfach dahin: ein guter Haushälter fragt zunächst, was kann ich ernähren, und bemißt danach das Uebrige. Zuerst muß also berechnet werden, was ein Regiment bei auskömmlicher Verpflegung kostet, und danach die Zahl der Regimenter bestimmt werden.“

Gegen einen solchen Ansatz ist vernünftiger Weise offenbar nicht das Mindeste einzuwenden, und es wäre schon zu wünschen, daß der preussische Landtag in der Lage sein möchte, die Rechnung des Kriegsministers danach zu berichtigen. Es ist dies die gebieterische Pflicht der Kammer, darauf zu dringen, daß die unter die Waffen berufene Jugend des Landes in ihren körperlichen Bedürfnissen keinen Abbruch leide, der die Gesundheit gefährdet. Wenn sich herausstellte, daß Preußen statt 200,000 Soldaten, deren nur die Hälfte ordentlich ernähren kann, so müßte es sich eben mit 100,000 Mann begnügen. Und um so mehr, als es denn doch mindestens zweifelhaft sein möchte, ob nicht 100,000 wohlgenährte Soldaten militärisch eben so viel oder mehr werth sind als die doppelte Zahl von Hungerleidern.

(W. d. Nationalv.)

Landtag.

22. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. Juli. Das Haus verhandelte den Bericht über den Etat des Ministeriums der landwirtschaftlichen Angelegenheiten und der Geflüß-Verwaltung für 1862 und 1863. Abgeordneter Birchow motivirt den Antrag der Budget-Kommission, gegen die Staats-Regierung die Erwartung auszusprechen, daß sie der künstlichen Fischzucht ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten erklärt, daß er der künstlichen Fischzucht jedenfalls seine rege Aufmerksamkeit zuwenden werde. Nach einigen Bemerkungen der Abg. Reichensperger (Bedum), Birchow wird der Antrag einstimmig angenommen. Die Kommission beantragt ferner, die Erwartung auszusprechen, an allen Landes-Universitäten Einrichtungen für den landwirtschaftlichen Unterricht zu treffen. Der Antrag wird angenommen. Bei dem Titel für Förde-

rung der Wald- und Wiesenkultur an der Eifel klagt Abgeordneter Bresgen, daß nur für Wald- und nicht für Wiesenkultur gesorgt werde. Der Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten verspricht, den Wünschen des Abgeordneten, soweit es nach den ins Werk gesetzten Plänen möglich, nachzukommen.

Das Haus geht zur Schlussberatung des von dem Abg. Müller (Anklam) und Genossen gestellten Antrages, die Oderregulirung betreffend, über. Der Handelsminister: Die Regierung beabsichtigt, die Ruhr, den Rhein, die Weser und Elbe durch ein Kanalsystem unter einander, und demnach auch mit Berlin in Verbindung zu setzen, ebenso den ober-schlesischen Kohlen einen wohlfeilen Wasserweg nach Berlin zu eröffnen. Aber die Details sind noch nicht so weit, um den Plan schon jetzt vorzulegen. Der Regierungs-Kommissarius: Von den 79 Meilen der Oder sind 25 Meilen ganz regulirt, 23 sind theilweise regulirt; bis 1865 wird man die Oder in den Regierungsbezirken Oppeln und Breslau regulirt haben. Die Vorarbeiten für den Kanal bis Breslau sind so weit, daß in der nächsten Session hoffentlich eine Vorlage kommen wird. Nachdem noch Reichenheim als Antragsteller gesprochen, wird der Antrag mit großer Majorität angenommen; derselbe geht dahin, die Regierung aufzufordern, dem Landtage in der nächsten Session eine Vorlage über die vollständige Herstellung der Schiffbarkeit des Oderstroms in kürzester Frist zu machen.

Nachdem der Antrag, betreffend die Regulirung der Oder, angenommen war, folgte noch die Berathung über einen Petitionsbericht der Gemeinde-Kommission. Eine Petition aus der Stadt Witzig beantragte, daß die den Städten in den sechs östlichen Provinzen, welche unter 10,000 Einwohner haben, obliegende Verpflichtung, ihre Eingaben an die Regierung durch die Landräthe einzusenden, aufgehoben werde. Bei dieser Gelegenheit entspann sich eine sehr lebhaft abgehandelte Debatte über die Frage, in wie fern durch die politische Agitation, durch welche die Landräthe sich in jüngster Zeit hervorgethan, die ihnen obliegende Sorge für die kommunalen Interessen beeinträchtigt werde. Nachdem der Schluss der Debatte angenommen war, wurde die Abstimmung auf morgen vertagt.

23. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 19. Juli cr. Berathungen der Anträge der Petitions-Kommission. Die Reichensperger'sche Interpellation betreffend die Anerkennung des Königreichs Italien, wird der Minister der Ausw. nächsten Dienstag beantworten.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 19. Juli. Die deutsche Fortschrittspartei hat beschlossen, drei ihrer Mitglieder als Deputation nach Frankfurt a. M. zum deutschen Schützenfeste zu senden; nachdem die Abgg. Schulze-Deitrich, Birchow und v. Hoyerbed an der Annahme der auf sie gefallenen Wahl verhindert zu sein erklärten, wurden die Abgeordneten Behrend,

Das deutsche Schützenfest.

(Fortsetzung.)

Frankfurt a. M., den 15. Juli. Das herrliche Wetter, welches gestern herrschte, führte aus allen Himmelsstrichen eine unendliche Menschenmenge nach Frankfurt und von da auf den Festplatz, der gegen 7 Uhr die Menge kaum mehr fassen konnte und dem wogenden Meere vergleichbar war. Um 9 Uhr versammelten sich sämtliche verbündete Gesangsvereine Frankfurts, 20 Vereine mit 900 Sängern, auf einem eigens dazu errichteten Podium und ließen weithin unter bengalischer Beleuchtung das deutsche Lied etc., von Reeb, erschallen. Der Eindruck der aus vielen hundert Kehlen entströmenden Quartette auf die endlose, über den Festplatz dahinwogende Menschenmenge war ein großartiger und erhebender. Dem Gesange folgte eine Reihe von den Sängern ausgeführter lebender Bilder. Dr. Gerster aus Nürnberg, der Präsident des vorjährigen Sängersfestes, forderte die Sänger auf, einig zu-

sammenzuhalten: im deutschen Liede lebe das Vaterland und die That, denn die durch ersteres hervorgerufene Begeisterung erzeuge die letztere. Das Trifolium der Schützen, Turner und Säger werde das Seinige dazu beitragen, die verlorene Einheit wiederzugewinnen. Hierauf kündigte der Redner an, daß am 21. September d. J. in Nürnberg eine Zusammenkunft von Abgeordneten aller deutschen Männergesangsvereine behufs Bildung eines allgemeinen deutschen Sängerbundes stattfinden werde.

Während sich dies auf dem Festplatze zutrug, war das Leben in der Festhalle nicht minder bewegt. Hier war der Präsident der kurhessischen Kammer, Herr Nebelthau, der Held des Abends.

Heute um 11 Uhr fand die Uebergabe der von den Schweizern unserm Frankfurter Schützenverein gewidmeten Fahne statt. In militärischem Zuge marschirten alle Schweizer Schützen, ihre kleinen Trommler an der Spitze, unter Vortragung der von Schweizern gestern gewonnenen

Gaben, vor den Gaben-Tempel, wo das Fest-Komite sie empfing.

Das Bankett begann heute um 1 Uhr. Es nahmen etwa 4000 Personen Theil. Die Reihe der Toaste eröffnete Dr. Reeb aus Darmstadt. Derselbe kam im Verlauf seiner Rede auf „drei Schmerzenskinder Deutschlands“, die Kurhessen, Schleswig-Holsteiner und Deutsch-Oesterreicher. Auch die letzteren wollte er nicht von Deutschland losgerissen sehen, sondern es solle die Festhalle als ein deutsches Nütli für alle Stammgenossen angesehen werden. Dennoch riefen seine Worte einen Protest des Professors Dr. Wildauer aus Junsbruck hervor:

„Meine Herren! Wir haben in einem Trinkspruche auf das große deutsche Vaterland drei Schmerzenskinder der deutschen Nation nennen gehört: die Kurhessen, die Schleswig-Holsteiner und die Oesterreicher. Bei der Nennung der ersten Brüder haben wir Oesterreicher so kräftig mit in das Hoch eingestimmt, wie irgend ein anderer deutscher Stamm. Als der dritte Name

Dunker und Luning designirt. Die Fraktion des linken Centrums wird voraussichtlich ebenfalls einige Mitglieder deputiren. — Welchen Eindruck die Debatte über die Abschaffung der erimierten Militärgerichtsbarkeit im feudalen Lager gemacht hat, erkennt man aus dem maßlosen Ton, in welchem die „Kreuzzeitung“ v. 18. d. Mts. in ihrem Leitartikel über dieselbe herfällt. Da die Kreuzzeitung im Sinne der Armee zu sprechen vorgiebt, so wäre dem Herrn Kriegsminister dieser Artikel als neuer Beleg vorzuführen, von welcher Seite wohl die Insinuationen ausgehen, die die Kluft zwischen Civil und Militär immer mehr erweitern. — Ueber die Conferenzen, welche der Herr Kriegsminister mit mehreren Abgeordneten in der Militärfrage gehalten, erfährt die „Nat.-Ztg.“: Der Herr Kriegsminister will nach wie vor von seiner ganzen Reorganisation nicht das kleinste Stück aufgeben, wenn auch etwa diese oder jene Ausgabe noch für einige Zeit vertagt bleiben könne; in diesen „Ersparnissen“ glaubt er jedoch bereits in dem vorgelegten Etat das Mögliche geleistet zu haben. Daß der Etat auf diesem Wege binnen einigen Jahren auf ungefähr 50 Millionen Thaler anschwellen muß, wird kaum noch in Frage gestellt. Daß das Abgeordnetenhaus hierzu die Hand bieten könne, ist nun freilich rein unmöglich, und da durchaus keine Aussicht auf eine gesetzliche Regelung eröffnet wird, so bleibt demselben nur übrig, einfach auf die Grundlage von 1859 zurückzugehen. Wir glauben, daß die ungeheure Majorität im Lande damit einverstanden sein wird, lieber der Regierung die Verantwortlichkeit für alle weiteren Schritte, die sie thun mag, zu überlassen, als mit ungeheuren Opfern die Existenz einer Scheinverfassung fortzuführen, die nach den letzten Erfahrungen nur das Land auf's Außerste belasten würde, ohne ihm irgend eine durchgreifende Reform zu gewähren. — Die japanesische Gesandtschaft ist gestern eingetroffen. Sie wird am 21. von Sr. Maj. den König feierlich empfangen werden.

Oesterreich. In der Sitzung des Unterhauses am 17. d. Mts. kündigte Herr v. Schmerling die Vorlage des Budgets für 1863 an. Der Finanzminister motivirte die Nothwendigkeit der Vorlage des Budgets vor dem Beginne des Verwaltungsjahres 1863. Das Gesamterforderniß beträgt 362½ Millionen, darunter 35 Millionen außerordentlicher Aufwand für das Militär. Das Gesamt-Defizit beträgt 93 Millionen. Gedeckt soll dasselbe werden durch Steuererhöhung im Betrage von 33½ Millionen, durch den Erlös aus den Loosen des Jahres 1860 24 Millionen, und durch Kreditoperationen 35 Millionen.

Großbritannien. In der Sitzung des Unterhauses am 18. machte Lindsay den Vorschlag der Vermittelung Englands in Amerika. Lord Palmerston beklagt diesen Vorschlag, er glaubt nicht, daß die Position des Südens stark genug sei, um eine Anerkennung zu rechtfertigen und bittet daher das Haus, der Regierung die Wahl der Zeit zu lassen, zu welcher sie eine Vermittelung anzubieten für zweckmäßig findet. Lindsay zog seinen Vorschlag zurück.

Rußland. Warschau, 16. Juli. Man glaubt, daß eine allgemeine Amnestie bevorstehe, worin man dadurch bestärkt wird, daß heute die wegen politischer Vergehen zur Voruntersuchung im Rathhause Detinirten freigelassen worden sind. — Aufsehen erregt ein Feuilleton-Artikel des bekannten Schriftstellers Minizjewski im Regierungsorgan, welcher das polnische Beamtenthum geradezu als demoralisirt bezeichnet

genannt wurde, da zeigte die lautlose Stille, die bang über der Versammlung lag, daß Oesterreich nicht mit diesem Namen zu bezeichnen sei. Wir sind keine Schmerzenskinder und sind als solche nicht hierher gekommen; in Oesterreich giebt es keinen Schmerzensschrei. Wir hängen treu an unserem Kaiser und sagen es auch unverholen. Wir haben ein Vaterland und haben Ursache es zu lieben; aber deswegen geben wir keinem deutschen Stamme und Land das Privilegium von sich zu sagen, daß es deutscher süßt als wir. Wir wetteifern mit jedem deutschen Lande und Stamme an redlichem Willen, an treuem Sinn, an mäßlicher Thatkraft, wo Thatkraft nothwendig ist. Wir haben einen Kaiser, der bei Villafranca es vorgezogen hat, sein Reich zu verkleinern, um keinen Fußbreit deutschen Landes am Rhein hinwegzugeben u.

Die durch diesen in der That unprovocirten Protest hervorgerufene Verstimmung wurde durch die folgenden Reden des Obersten Kurz aus Bern und des Herrn Streit aus Koburg bald wieder

und den preussischen Beamtenstand als Muster sittlicher und wissenschaftlicher Tüchtigkeit ausstellt.

Italien. Die Anerkennung des Königreichs Italien Seitens Spaniens ist nahe bevorstehend.

Turin. In der Sitzung der Deputirtenkammer am 18. d. hat der Minister des Auswärtigen, Durando, die officielle Anerkennung des Königreichs Italien Seitens Preußens verkündet. — Se. Majestät der König von Preußen wird nächsten Montag den italienischen Gesandten empfangen, welcher ihm die Proclamation des Königreichs Italien notificirt. — Es heißt jetzt in Paris (den 17.), die Aktionspartei beschäufte sich von Neuem mit dem bekannten Project gegen die Türkei, um den Südslaven die Hand zu reichen und Oesterreich zu beschäufigen.

Amerika. New-York, den 3. Juli. Ereignisse von größter Wichtigkeit haben vor Richmond stattgefunden. Es wurde daselbst eine siebentägige Schlacht geschlagen, die mit der Niederlage Mac Clellans endigte. Er zog sich 17 Meilen zurück; die Berichte sind verworren, und es ist bis jetzt nur ein einziger offizieller veröffentlicht worden. Den Zeitungs-correspondenzen zufolge bestand Mac Clellans Armee aus 95,000 Mann, denen die Konföderirten 185,000 entgegenstellten und diese Uebermacht gab den Ausschlag. Die Verlustangaben schwanken zwischen 10,000 und 30,000. Mac Clellan berichtet an's Kriegsdepartement, daß es ihm gelungen sei, sein Heer am 2. Juli nach Berkley (am James-Flusse) zurückzuführen, ohne mehr als ein Geschütz und einen Wagen eingebüßt zu haben. Weiter meldet er bloß, daß er den Feind am 2. geschlagen habe, und daß die Truppen in bester Stimmung seien. Diese Nachrichten erregten große Bestürzung, aber die Entschlieung, den Süden um jeden Preis zu bezwingen, äußert sich mit verdoppelter Festigkeit. Die Presse dringt auf sofortige Aushebung von 300,000 Mann und kräftige Fortführung des Krieges. Auch die Handelskammer erklärte auf dem Resolutionswege, sie werde die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften unterstützen. — Den 5. Officielle Depeschen Mac Clellans vom 4. melden, daß seit dem 2., wo die Konföderirten mit großem Verlust zurückgeschlagen worden waren, kein Gefecht weiter vorgekommen sei. Die Unionisten sind jetzt durch ihre Kanonenboote in der Blanke gedeckt. Es ist nicht wahr, daß sie geschlagen wurden; es ist seit dem 27. keine Kanone verloren gegangen, und nur an diesen Tagen war es den Konföderirten gelungen, 25 Geschütze zu erbeuten. — Den 7. Den südlichen Zeitungen zufolge sind den Konföderirten 12,000 Gefangene, nebst dem ganzen Belagerungstrain Mac Clellans und Borräthen auf 3 Monate in die Hand gefallen. Das unionistische Kriegs-Departement hat befohlen, daß alle auf Parole freigelassenen südstaatlichen Gefangenen sich sofort stellen müssen. — Die Zeitungen rathen zu starker Rekrutirung. — General Mac Clellan hat in einem Tagesbefehl an seine Armee versichert, Richmond werde genommen und die Union um jeden Preis erhalten werden. — Die Gouverneurs sämtlicher Unionsstaaten haben Proklamationen behufs Anwerbung neuer Mannschaften erlassen. — General Mac Clellan hatte ein neues Gefecht mit den Konföderirten zu bestehen, in welchem Letztere zum Rückzuge gezwungen wurden.

Provinzielles.

Danzig, den 18. Juli. Se. Königl. Hoheit der Kronprinz traf gestern Nachts 12 Uhr mit dem

ausgeglichen, so daß das Bankett in allseitig harmonischem Einklang beendet wurde.

Der Kampf der Schützen findet vorläufig nur auf den Stand- und Feldschießen statt. Bis gestern Nachmittag waren die Schweizer Gäste in überwiegender Zahl die Sieger und die deutschen Schützen müssen sich sehr anstrengen, um nur einigermaßen damit Schritt zu halten. Zu verwundern ist dies nicht, da bei uns die ganze Sache noch zu neu ist, während die Schweizer mit ihren trefflichen Schießwaffen eine langjährige Uebung für sich haben.

— Den 17. Schütztag. Herzog Ernst, als Ehren-Präsident, begrüßte die Versammlung; er sprach seine Freude aus: Das Werk, kaum vor einem Jahre begonnen, sei in so großartiger Weise weitergeführt und berechtige zu den herrlichsten Hoffnungen. Der von der Versammlung gewählte Ausschuß berichtete über die Wahlen der Abgeordneten; die Versammlung genehmigte dieselben bis auf zwei. Hierauf wurde Staatsanwalt Sterzing zum Vorsitzenden des Schützenbundes für die

Berliner Zuge hier ein. Heute früh hat Se. Königl. Hoheit die hiesigen Gardetruppen auf dem Exercierplatze inspiciert. — (Ausstellung von Lehrungs-Arbeiten). Trotz der verhältnißmäßig geringen Betherligung wird man dennoch bei dem Eintritt in den Saal durch die Mannigfaltigkeit der ausgestellten Gegenstände, sowie durch das geschmackvolle Arrangement derselben angenehm überrascht. Sehen wir zunächst auf die Lehrzeit, welche die Aussteller in den Stand gesetzt, die vorliegenden Arbeiten unter der Leitung ihrer Lehrherrn anzufertigen, so umfaßt dieselbe nach den gemachten Angaben eine Zeit von resp. ½—5 Jahren, bewegt sich also innerhalb der Periode vom Anfange bis zum Schluß der Lehrzeit. Schon die Erstlingsarbeiten liefern den erfreulichen Beweis, daß es den betreffenden Meistern um die Ausbildung ihrer Burschen redlicher Ernst gewesen, daß ihre Lehrlinge nicht, nach früherem Handwerksgebrauch und hergebrachter Gewohnheit, nach dem Eintritt in die Lehre mindestens ein Jahr lang unter dem besondern, oft recht fühlbarem Regimente der „Grau Meisterin“ die niedrigsten häuslichen Dienste und zum Ueberfluß das Amt eines Kindermädchens verrichten mußten. Wenn dies heute im Allgemeinen nicht mehr der Fall ist, sondern solche Ungehörigkeiten nunmehr zu den Ausnahmen gerechnet werden dürften, so ist darin auch nach dieser Seite hin ein wesentlicher Fortschritt zu begrüßen, der in der factisch zunehmenden Frequenz der Handwerker-Lehrungs-Schulen an Bedeutung immer mehr gewinnt. Der wesentliche Nutzen dieser Institute leuchtet uns auch aus den ausgestellten Arbeiten entgegen; denn kaum dürfte einer der bei denselben betheiligten Lehrlingen ganz ohne den fördernden theoretischen Unterricht geblieben sein, woran die Veranstaltungen unseres Gewerbevereins ihren wohlthätigen Antheil haben. Die meiste Vertretung auf der Ausstellung finden die Metallarbeiter, und unter diesen nehmen die Schlosser, in Beziehung auf die Zahl der Aussteller, den Vorrang ein. (Fortf. folgt.) (D. 3.)

Tilsit, 4. Juli. In der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung wurde zuerst Herr Prediger Herrendörfer als Stadtrath in sein Amt eingeführt; nach einer Ansprache des Herrn Oberbürgermeisters Kessel folgte die Vereidigung, nach welcher noch Herr Stadtrath Herrendörfer das Wort ergiff. (D. 3.)

Insterburg. Wie die „Volksztg.“ hört, ist gegen die dortigen Richter nunmehr durch Beschluß des Appellationsgerichts zu Insterburg auf Antrag des Oberstaatsanwalts vom 5. Juni d. J. die förmliche Disciplinaruntersuchung eingeleitet, weil die betreffenden Richter durch Veröffentlichung des Protestes gegen den Wahlerlaß des Justizministers hinlänglich belastet erschienen, dem Justizminister, ihrem obersten Vorgesetzten, gegenüber ein ungebührliches Verhalten an den Tag gelegt zu haben.

— Den 12. Juli. Die heutige „Insterburger Zeitung“ enthält folgenden Ausruf: „Seit dem 14. Juni cr., also seit schon 4 Wochen, befindet sich der Redacteur der „Insterburger Zeitung“, Otto Hagen, in Gefängnißhaft, weil er als Zeuge vernommen, die von der Militärbehörde verlangte Auskunft über die Quelle einer in No. 61 seiner Zeitung, Jahrgang 1861, gebrachten Mittheilung nicht hatte angeben, mit andern Worten, nicht zu einer eidlich zu bestärkenden Denunciation sich hat herablassen wollen. Der Beschwerdeweg durch alle Instanzen hatte keine Abhilfe gebracht; auch der höchste Gerichtshof hat die Gefängnißhaft zur Erzwingung eines solchen denunciatorischen Zeugnisses für zulässig erachtet, und der unglückliche

nächsten zwei Jahre gewährt. Er berichtete über den Stand des Schützen-Bundes. Vor dem Fest waren 9311 Mitglieder angemeldet; bei Eröffnung des Festes zählte der Bund über 11,000. Die Einnahmen betragen 3000 Thlr. — Bei der Wahl des nächsten Festorts erklärten die Bremer unter lautem Beifall im Namen ihres Vereins sich bereit, die Schützengäste bei sich zu empfangen. Der Abgeordnete von München schlug eine geographisch besser gelegene Stadt, wie Leipzig oder Braunschweig, vor; auch glaube er, daß München, obgleich er keine Zusage darüber habe, mit Freuden die Wahl annehmen werde. Von andern süddeutschen Abgeordneten wurde aber Bremen als die Stadt, die schon so viel für's Schützenwesen gethan, vorgezogen, so wurde Bremen, da selbst der einzige anwesende österreichische Abgeordnete dafür stimmte, einstimmig zum Festorte gewählt.

Mann sieht daher einer unbestimmten Fortdauer seiner Gast entgegen. Während schon im Abgeordnetenhaus Beratungen darüber gepflogen sind, um eine genauere Fassung, beziehungsweise Abänderung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen, ist er dazu ausersehen, noch in letzter Stunde seine Ueberzeugungstreue schwer zu büßen. Herr Hagen selbst ist hinter Gefängnismauern eingesperrt, sein Geschäft dadurch aufs Äußerste gefährdet und er selbst in seiner ganzen künftigen Subsistenz bedroht. Mitbürger! Abgesehen von dem Mitgefühl, welches wir für Jedermann hegen, der mit Festigkeit und Treue sich eher schweren Leiden unterwirft, als zum Verräther an sich und Anderen wird, liegt es im Interesse aller Freunde einer unabhängigen Presse, ihre Anerkennung für Herrn Otto Hagen, die er gerade durch seine jetzige Festigkeit sich erworben hat, zu beweisen und ihn in der gegenwärtigen unverschuldeten Crisis zu unterstützen. Die Redactionen aller Zeitungen in Preußen und Deutschland werden nicht verkennen, daß es auch ihre Sache ist, für die Herr Hagen leidet, und von diesem Gesichtspunkte aus dem unterzeichneten Comité in dem Werke der Unterstützung des Herrn Otto Hagen helfend zur Seite stehen. Schnelle Hilfe thut Noth! Die Unterzeichneten, welche sich der pflichtmäßigen und gewissenhaften Verwendung der eingehenden Beiträge zum Besten des Herrn Hagen und im Interesse der Sache unterziehen werden, bitten, die Beiträge an den mitunterzeichneten Buchhändler C. Hopp hier selbst gefälligst abzuführen zu wollen. Insterburg, den 11. Juli 1862. L. Eckert, Fabrikbesitzer. S. Eichelbaum, Kaufmann. Gutmann, Maurermeister. W. Heller, Brauereibesitzer. C. Hopp, Buchhändler. Gustav Jäger, Kaufmann. F. Roddewig, Cigarrenfabrikant. A. L. Schwaiger, Kaufmann.

Memel. Wie das Schmuggelwesen dazu beiträgt, die menschlichen Gemüther zu verwildern und jedes sittliche Gefühl in ihnen zu ersticken, tritt wohl aus einer abscheulichen Gräueltat, die lesthin an der russischen Grenze in der Gegend von Memel verübt worden, auf eine schauererregende Weise hervor. Die dortigen Schmuggler hatten nämlich Einen aus ihrer Mitte im Verdacht, daß er sie an die Behörden verrathen hätte. Sie überfielen ihn daher an einem abgelegenen Orte und tödteten ihn auf eine grausame Weise, indem sie ihm die Augen aus dem Kopfe drückten, alle kleineren Knochen zerbrachen, Stücke Fleisch ausschneitten und den armen Menschen, noch nicht völlig todt, unbarmherzig liegen ließen. Selbst das unschuldige Pferd des Verräthers mußte die Rache der Mörder fühlen, indem sie das Thier mit dem Kopfe an einen Baum aufknüpften. Die Leiche des Gemordeten soll einen grauenhaften Anblick dargeboten haben. Wie schauerhaft die That gewesen, so ist doch kaum zu erwarten, daß die angestellten Untersuchungen zur Entdeckung der Mörder führen werden.

Verschiedenes.

— Ueber die Sterblichkeit in den verschiedenen Erwerbszweigen. Die Berichte fast aller tüchtigen Lebensversicherungsanstalten (z. B. der Gothaer allgem. Deutschen) zeigen eine Minderabgabe in dem Verhältniß der wirklich geleisteten Vergütungszahlungen gegen die nach statistischen Wahrscheinlichkeitsziffern berechnete Summe. Der Grund dieser Erscheinung liegt darin, daß bei den mit hohen Summen Versicherten die durchschnittliche Sterblichkeit eine geringere ist, als bei den niedrig Versicherten d. h. den Armeren. Denn mit der Armuth und dem Elend wächst überall die Sterblichkeit, wie sie anderswärts abnimmt, wo mit der steigenden Kultur der allgemeine Wohlstand wächst. Außer Wohlstand oder Armuth sind auf die Sterblichkeit von unterschiedenstem Einflusse die durch die Berufsarbeit bedingten Beschäftigungen der Menschen. Dabei sind sämtliche an einen bestimmten Beruf gebundene Personen einer größeren Sterblichkeit unterworfen als die gleichzeitige ununterschiedene männliche Bevölkerung. Sorgfältige Ermittlungen in der Stadt Frankfurt a. M. ergaben folgende Stufenreihe in der Sterblichkeit: Geistliche (protest.), Lehrer, Gärtner, Fleischer, kathol. Geistliche, Kaufleute, Fischer und Schiffer, Juristen, Bäcker, Brauer, Zimmerleute, Maurer, Maler und Lackirer, Schuhmacher, Buchdrucker, Tischler, Schlosser und Schmiede, Schneider, Steinmeßer und Bildhauer, Metallgießer, Lithographen und Kupferstecher. Von Letzteren sterben im 20. bis 30. Jahre 43%, c. 32% erreichen das 50. Lebensjahr und mehr, c. 18% das 60., 8% das 70., während von den protest. Geistlichen 84% 50 und mehr Jahre alt werden, 79% 60 Jahre und mehr, 47% noch 70 Jahre

und mehr. Ihre mittlere Lebensdauer beträgt 65 Jahre, die ersteten nur 40. — Beim Militär ist die Sterblichkeit überall größer als in der gleichzeitigen Civilbevölkerung, wobei besonders zu beachten, daß in den Heeren gerade der kräftigste Kern der Völker sich findet. Die Ursache liegt meist in der engen Casernirung. In Frankreich sterben von je 1000 Mann beim Civil 10, bei dem Militär (in den Garnisonen in Friedenszeit) 19 bis 22, in England 7 bis 11 beim Civil, je nach der Land- oder Fabrikbevölkerung, 18 bis 20 beim Militär, in Preußen beim Civil 10, beim Militär 11 bis 12, wie man es namentlich der kürzeren Dienstzeit zuschreibt.

Im Durchschnitt hat die Gegenwart eine bedeutend verminderte Sterblichkeit und erhöhte Lebensdauer als die Vorzeit. Während in Genf im 16. Jahrhundert im ersten Lebensjahr mehr Kinder von je 1000 starben als jetzt in den ersten 10 Lebensjahren hat auch die mittlere Lebensdauer sich verdoppelt. Damals erreichten das 40. Jahr von Tausend nur 206, jetzt 259.

— Ein schöner Schwindel. Man findet jetzt in den Zeitungen gewisse Inserate, worin angezeigt wird, daß gegen Einwendung von einigen wenigen Gulden man die Mittel zu einem sicheren Einkommen von 40 50 Gulden und noch mehr monatlich angerathen erhalten werde. Bloß aus Neugierde machte sich Jemand den Spaß, zwei Gulden zu opfern und fragte bei einem solchem Einkommen-Vermittler an. Die Antwort lautete: „Thun sie dasselbe wie ich. Lassen Sie in den Zeitungen den meinigen ähnliche Anzeigen einschalten, geben Sie dabei Ihre oder eine andere beliebige Adresse an und sie werden sehen, daß Sie monatlich ein schönes Sümmdchen einnehmen werden.“

Lokales.

— Zur Brückenangelegenheit. Bei der Debatte über den Antrag des Herrn Rägber in der Stadt-Sitz. am 17., welcher, wie aus dem Berichte über diese Sitz. in No. 84 u. Bl. bekannt, abgelehnt wurde, ist auch die finanzielle Seite der Brückenfrage besprochen worden. — Sollte der Wiederaufbau der Pfahlbrücke beschlossen werden, woher das Geld nehmen? — Herr G. Prome berührte den Geldpunkt nur oberflächlich, meinend, das Geld werde sich zum beregten Bau beschaffen lassen. Herr A. Danielowski trat dieser Frage schon näher, indem er äußerte, daß, da nach Erklärung des Magistrats das Geld vorhanden sei zu Zugsbauten, als z. B. zum Bau eines Gesellschaftshauses in der Ziegelei, so müsse Geld erst recht vorhanden sein zum Bau einer Pfahlbrücke, einem dringendsten Bedürfnisse, welches jeder Gewerbetreibende fühle. Befriedigte man das Verkehrsbedürfniß, so werde auch der Verkehr Mittel zu Zugsbauten abwerfen.

Herr Stadtrath Joseph erwiderte hierauf, daß die Baupmittel der Kommune vornemlich durch ihren Kredit gegeben seien und habe sich dieser in Folge des günstigen Zustandes der städtischen Finanzen sehr gehoben. Der günstige Finanzzustand sei aber eine Folge davon, daß die Stadt mehrere Jahre keine Pfahlbrücke habe bauen müssen. Sollten nun die vorhandenen Geldmittel für eine Pfahlbrücke in Anspruch genommen werden, dann müßten einige Verschönerungs- und Zweckmäßigkeitsbauten, als der Ausbau des Rathhauses, die Umpflasterung der Straßen und die Trottoirlegung, das Bürgerschulgebäude u., auf Jahre hinaus verschoben werden. Es sei auch nicht anrathig, die Fonds der städt. Feuerkasse durch eine Anleihe in der Brücke anzulegen. Nebenbei bemerkte derselbe auch, daß das Privilegium der Kommune betreffs der Kommunikation über die Weichsel kein „onus“ sei, da die Kommune gesehlich nicht gezwungen werden könne, eine Kommunikation über den Strom, sei es durch eine Brücke, sei es durch einen Trajekt, zu unterhalten. Diese Passage herzustellen sei vielmehr eine Verpflichtung des Fiskus, da bei Horn über die Weichsel eine Haupt-Heer- und Handelsstraße führe.

Herr Stadtrath Rosenow nahm Gelegenheit mitzutheilen, daß die städt. Feuerkasse zur Zeit nur 5000 Thlr., allenfalls noch 30,000 Thlr. Kr.-Oblig. disponibel habe.

Ausführlicher äußerte sich Herr Rägber über den Geldpunkt. Auch er ging, wie Herr Danielowski, davon aus, daß, da es sich bei der Brücke um ein allgemeines und wichtiges Verkehrsbedürfniß handle, von Verschönerungsbauten Abstand genommen werden müsse. Schwierig sei die Beschaffung der Mittel zum Bau einer Brücke nicht. Die Feuerkasse habe 80,000 Thlr. Stadtoobligationen und 30,000 Thlr. Kreisobligationen, welche bei dem heutigen Al-pari-Standpunkte aller 4proz. Staatsanleihen und Pfandbriefe sehr leicht ohne Schaden zu Geld zu machen seien. Dem städt. Rassen-Curatorium dürfe bezüglich dieses Punktes nicht vorgegriffen werden, — da auch andererseits die Mittel zu einem Brückenbau durch eine Anleihe beschafft werden können. Die Kommune habe aus ihren Mitteln, bloß um den Erwerb und Wohlstand ihrer Angehörigen zu heben, Chaussees gebaut, die Tausende gestiftet und das in ihrem angelegte Kapital durch die Erträge nicht wiedererstattet hätten. Dieselbe Rücksichtnahme, welche beim Bau der städt. Chaussees vorgewaltet habe, rechtfertige auch den Bau der Brücke, da diese nur die unerläßliche Fortsetzung jener zum Bahnhofe Horn sei.

Nicht zu viel sei es daher verlangt, wenn aus dem Titel VIII des städt. Etats für Bauten und Reparaturen, dem incl. der imensin Einnahme aus dem Mahl- u. Schlachtsteuerzuschlage 22,000 Thlr. jährlich zur Disposition stehen, 6000 Thlr. vorweg zur Unterhaltung der Weichselbrücke abgesetzt würden. Es bleiben dann zu Verschönerungsbauten

noch immer jährlich 16,000 Thlr. für welche Summe sich sehr viel Angenehmes und Schönes schaffen läßt.

Ferner werden die Erträge der Forsten, der Pachtungen, der Ziegelei u. in den nächsten Jahren nicht unter den Etatsziffern bleiben, sondern aller Wahrscheinlichkeit darüber hinausgehen, so daß ein etwaiges Defizit des ganzen Etats hinlänglich Deckung finden werde.

Nähme man nun die Dauer der neu zu erbauenden Brücke auf 10 Jahre an, zu deren Unterhaltung aus städt. Mitteln pro Jahr 6000 Thlr., mithin für 10 Jahre 60,000 Thlr. hergegeben würden, — dazu die Netto-Einnahme der Brücke p. a. mit 11,000 Thlr., also in 10 Jahre mit 110,000 Thlr., — sowie endlich die der Kommune rechtlich zustehenden, Allerhöchsten Orts garantierten, tarifmäßigen Durchlaßgelder mit nur 3000 Thlr. pro Jahr, also in 10 Jahren mit 30,000 Thlr., so ergebe das eine Summe von 200,000 Thlr., welche ausreicht in 10 Jahren 4 neue Brücken zu bauen. Dieses Kalkül böte Garantie zur Genüge um ohne Bedenken aus städtischen Fonds vorzuschreiben die ersten erforderlichen 50—60,000 Thlr. zu entnehmen, welche zum Neubau einer soliden Pfahlbrücke erforderlich seien.

Endlich sei auch nicht unbeachtet zu lassen, daß die Brückenmasse noch die ganze Equipage der jetzigen fliegenden Fähre behalte, welche doch incl. des Baarbestandes im k. Frühjahr auch noch 15,000 Thlr. werth sein werde.

In dem Anschreiben der Friedrich-Wilhelms-Schützenbrüderschaft, welches wir in Nr. 83 u. Bl. mittheilten, ist daselbst der zweite Absatz nicht vollständig wiedergegeben. Derselbe lautet:

„So denn gegrüßt Ihr deutschen Brüder, die Ihr um das deutsche Banner versammelt seid, und möge das Fest, das sicherlich seines Gleichen in Deutschland noch nicht sah, dazu beitragen, daß die deutschen Stämme sich gegenseitig in ihren Eigenthümlichkeiten kennen, achten und lieben lernen, damit wir das Ziel, dem wir Alle zustreben: die Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes — um so eher erreichen.“

Mfl. Schönsee*) v. 19. d. In unserer nächsten Nähe ist ein circa 50 Morgen großes Kalklager, von bedeutender Tiefe, welches früher das Bett eines Sees bildete, aufgefunden worden. Die Masse wird einstweilen wie Torf gestochen und getrocknet, hat ein grauweißes Ansehen und scheint eine Mergelart mit beträchtlichem Gehalt von Schnecken- und Muschelschalen zu sein. Der erste Brand in dem neugebauten Kalkofen soll wegen unzureichender Betriebsmittel nicht vollständig gelungen sein, doch wird die gut ausgebrannte Masse nach dem Löschen derselben von Sachverständigen als ein den gewöhnlichen Steinfalk weit übertreffendes Material geschilbert, wenn gleich die blendend weiße Farbe des gewöhnlichen Kalkes nicht vorhanden ist. Merkwürdig ist ferner, daß neben diesem Kalklager sich auch Torf und Ton befindet, der jetzt ebenfalls vom Besitzer vermiethet wird. Hoffentlich wird dies Unternehmen unserm Ort zum großen Vortheil gereichen.

Am 14. d. M. feierte die hiesige evangelische Schule in dem Strembohner Walde bei günstiger Witterung das Schulfest, wobei sich auch viele Bewohner der Umgegend betheiligten. Der Festzug dahin erfolgte unter Musik und war in diesem Jahr für uns ein außergewöhnlicher, da die Knaben alle festlich geschmückt mit Fahnen und die Mädchen mit schönen großen Blumensträußen versehen waren. Eine Vereinigung beider Schulen zu diesem Feste konnte nicht erreicht werden, da der katholische Ortsgeistliche seine Einwilligung hiezu versagte. Aus diesem Grunde feierte denn auch am folgenden Tage die katholische Schule im Strembohner Walde das Schulfest, wobei sich in fragmentärer Form auch ein polnisches Fahnlein betheiligte.

Vor einigen Tagen fanden die Arbeiter des Herrn Pohl in Friederikenshof auf einer Anhöhe unserer Feldmark ein Hünnengrab mit 10 Aschenkrügen, die mit großen Feldsteinen um und zugeseht waren.

*) Ergebnissen Dank; um fernere Zusendungen ersucht die Redaktion.

Briefkasten.

Eingefandt. Unser Mitbürger der Maler Herr Th. Jacobi, von dessen künstlerischer Thätigkeit wir schon mannigfache, erfreuliche Proben, namentlich auch in der Decorationsmalerei erblickt haben, hat jetzt im Auftrage des Ziegeleirestaurateurs Herrn Wille ein Abbild vom Denkmal Friedrichs des Großen in Berlin geschaffen, worauf wir schon im Voraus, — da dasselbe später dem Publikum bei einer besondern Festlichkeit im Ziegeleigarten sichtbar werden wird, — aufmerksam machen und über die gelungene Ausführung dieses Bildes einige Worte sagen möchten.

Das Bild ist neunzehn Fuß hoch, auf Holz gemalt, so, daß die äußeren Conturen der Statue und des Postamentes ausgeschnitten sind und der natürliche Hintergrund der Bäume und Sträucher des Ziegeleigartens dieselben noch besonders hervorheben wird. Die Malerei, in Grau durchgeführt, ist correct in der Zeichnung, der Wirklichkeit entsprechend, schön in der Rundung der Formen und Körper so, daß der Eindruck dieses Bildes dem des Monumentes an den Linden Berlins sehr nahe kommen wird.

Ganz besonders gelungen ist die Kriegergruppe auf dem mittleren Postamentfeld, wo die einzelnen Personen und Gegenstände sich so klar ablösen und von einander trennen, daß der Eindruck, die Rundung der Körper in der Wirklichkeit nicht besser sein kann.

Wem Rauch's herrliches Meisterwerk nur durch Zeichnung bisher bekannt, der wird durch diese, der Ausführung so nahe kommende Darstellung ganz besonders überrascht und erfreut werden, sowie auch diejenigen, die es bereits in Berlin haben, ihren Beifall diesem gelungenen Abbilde nicht verjagen werden. M

N. in Sch. Besten Dank für die Mittheilung, welche wir zurückerlegen mußten, da wir über das Schulfest, wie Sie aus der heut. Num. ersehen werden, schon von einer anderen Seite früher unterrichtet wurden. Die Redaktion.

